

GEÄNDERTE FASSUNG



455 Bericht von Denise Barth und Katharina Wrohlich

Ökonominnen sind in der wirtschaftspolitischen Beratung deutlich seltener vertreten als ihre Kollegen

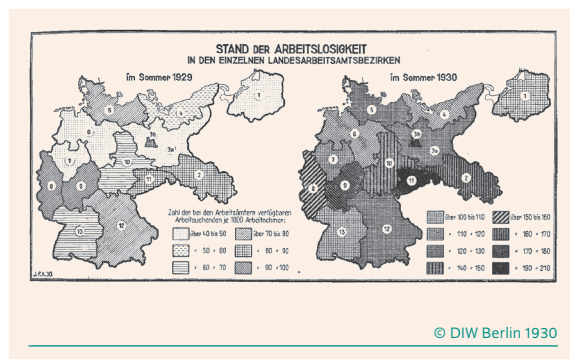
- Frauen sind in wirtschaftspolitischen Beratungsgremien nur zu einem geringen Anteil vertreten
- Ökonominnen kommen auch in den Medien nach wie vor selten zu Wort
- Initiativen wie Expertinnenlisten könnten die ökonomische Expertise von Frauen sichtbarer machen

461 Interview mit Katharina Wrohlich

464 Kommentar von C. Katharina Spieß

Zu wenig Bildungs- und Betreuungsinvestitionen im Konjunkturpaket

Arbeitsmarkt und Beschäftigung



Wie die neuesten Beschäftigungszahlen erkennen lassen, ist sowohl bei den Produktionsgüterindustrien wie bei den Verbrauchsgüterindustrien auch im August die Beschäftigung fast aller wichtigen Branchen gesunken. Besonders fällt ins Gewicht, daß die Metallindustrie, die Holzindustrie, die Papierindustrie und die chemische Industrie bei den Produktionsgüterindustrien sowie die Textilindustrie, die Lederwarenindustrie und die keramischen Industrien bei den Verbrauchsgüterindustrien in recht erheblichem Umfang Arbeitskräfte freigesetzt haben.

Infolgedessen ist die Arbeitslosigkeit während der letzten Monate und Wochen gestiegen, nachdem in diesem Jahr die Saisonentlastung, die üblicherweise während des ganzen Sommers anhält, bereits im Mai zum Stillstand gekommen war. Ende August wurden 2,87 Mill. Arbeitslose gezählt, gegen 2,64 Ende Mai. Seit dem diesjährigen Tiefpunkt hat demnach die Arbeitslosigkeit bereits wieder um 223 000 zugenommen.

Das Anwachsen und der regelwidrige Saisonverlauf der Arbeitslosigkeit in diesem Jahr ist aber nicht allein auf das Schrumpfen der Produktion und Beschäftigung in den konjunkturabhängigen Industriezweigen zurückzuführen; auch das Ausbleiben der Belebung in der Bauwirtschaft hat wesentlich dazu beigetragen.

Aus dem Wochenbericht Nr. 25 vom 17. September 1930.

IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

87. Jahrgang 17. Juni 2020

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake; Prof. Dr. Tomaso Duso; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Dr. Claus Michelsen; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Carsten Schröder; Prof. Dr. C. Katharina Spieß; Dr. Katharina Wrohlich

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann; Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Prof. Dr. Peter Haan

Redaktion

Dr. Franziska Bremus; Rebecca Buhner; Claudia Cohnen-Beck; Dr. Anna Hammerschmid; Petra Jasper; Sebastian Kollmann; Bastian Tittor; Sandra Tubik; Dr. Alexander Zerrahn

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

leserservice@diw.de

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung

Roman Wilhelm, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter unter www.diw.de/newsletter

AUF EINEN BLICK

Ökonominnen sind in der wirtschaftspolitischen Beratung deutlich seltener vertreten als ihre Kollegen

Von Denise Barth und Katharina Wrohlich

- Ökonominnen sind in vielen Gremien der wirtschaftspolitischen Beratung nur zu einem geringen Anteil vertreten
- Frauenanteil ist in wissenschaftlichen Beiräten des Bundesfinanz- und des Bundeswirtschaftsministeriums geringer als an allen VWL-Professuren in Deutschland
- In eher interdisziplinären Beiräten, aber auch im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ist der Frauenanteil deutlich höher
- Ökonominnen kommen auch in den Medien nach wie vor selten zu Wort
- Initiativen wie Expertinnenlisten könnten die ökonomische Expertise von Frauen sichtbarer machen

In vielen Gremien der ökonomischen Politikberatung sind Frauen nur zu einem geringen Anteil vertreten
Frauenanteil in wichtigen wirtschaftspolitischen Beratungsgremien

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung



Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen



Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie



Wissenschaftlicher Beirat für Familienfragen



Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung
Globale Umweltveränderungen



Quelle: Eigene Darstellung.

Anmerkungen: Stand Juni 2020.

© DIW Berlin 2020

ZITAT

„Damit es für Frauen leichter möglich ist, ehrenamtliche Jobs in der Politikberatung anzunehmen, könnten Universitäten und Arbeitgeber den WissenschaftlerInnen Entlastung anbieten. Damit Frauen überhaupt auf den Schirm der Medien kommen, sind Initiativen wie Expertinnenlisten sinnvolle Maßnahmen.“

— Katharina Wrohlich —

MEDIATHEK



Audio-Interview mit Katharina Wrohlich
www.diw.de/mediathek

Ökonominnen sind in der wirtschafts-politischen Beratung deutlich seltener vertreten als ihre Kollegen

Von Denise Barth und Katharina Wrohlich

ABSTRACT

In vielen Gremien der ökonomischen Politikberatung sind Frauen nur zu einem geringen Anteil vertreten. Beispielsweise ist der Frauenanteil in den wissenschaftlichen Beiräten des Bundesfinanz- und des Bundeswirtschaftsministeriums (14 beziehungsweise 15 Prozent) geringer als unter allen Professuren der Volkswirtschaftslehre (VWL) in Deutschland (rund 18 Prozent). In den stärker interdisziplinär ausgerichteten Beiräten des Bundesfamilien- sowie des Bundesumwelt- und Bundesbildungsministeriums sind Frauen zu einem deutlich höheren Anteil vertreten (63 beziehungsweise 71 Prozent). Im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ist der Frauenanteil durch die Ernennung von Veronika Grimm und Monika Schnitzer zuletzt deutlich gestiegen (von 20 auf 40 Prozent). In den Medien kommen Ökonominnen jedoch nach wie vor selten zu Wort. Initiativen wie Expertinnenlisten könnten die ökonomische Expertise von Frauen sichtbarer machen.

Wie politische Beratungsgremien besetzt sind, wird gerade in der aktuellen Corona-Krise intensiv debattiert. Eine Arbeitsgruppe der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina beispielsweise veröffentlichte am 13. April 2020 die von Politik und Medien viel beachtete dritte Ad-hoc-Stellungnahme zu Empfehlungen für eine Rückkehr in die gesellschaftliche Normalität.¹ Sie wurde sowohl für den Inhalt der Stellungnahme als auch für die Zusammensetzung des Gremiums kritisiert. Dieser Arbeitsgruppe gehörten 26 Mitglieder an, davon waren nur zwei Frauen. Kritik an der Stellungnahme gab es unter anderem dafür, die zukünftige Organisation der Kinderbetreuung nur am Rande angesprochen zu haben, während etwa Bereiche wie wirtschaftspolitische Maßnahmen oder Risikokommunikation ausführlicher diskutiert wurden.² Für die vierte Ad-hoc-Empfehlung vom 27. Mai 2020, die die medizinische Vorsorge und die Entwicklung des Gesundheitssystems zum Schwerpunkt hat, wurde anscheinend auf die öffentliche Kritik der ungleichen Besetzung des Fachgremiums reagiert. In der neuen Arbeitsgruppe sind 16 von 31 Mitwirkenden Frauen.³

Neben der Zusammensetzung von politikberatenden Kommissionen steht aktuell auch die Auswahl der von den Medien befragten ExpertInnen in der Kritik. So hat beispielsweise eine Analyse des SPIEGEL ergeben, dass der Frauenanteil in fünf untersuchten Talkshows seit Mitte Januar bei etwa einem Drittel lag. Allerdings waren Frauen oft nicht in der Rolle der Expertin, sondern viel häufiger in der Rolle der

¹ Vgl. dazu Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina (2020): Dritte Ad-hoc-Stellungnahme: Coronavirus-Pandemie – Die Krise nachhaltig überwinden (online verfügbar, abgerufen am 4. Juni 2020). Dies gilt auch für alle anderen Online-Quellen dieses Berichts, sofern nicht anders vermerkt.

² Kritik an der Kommission sowie an der Stellungnahme kam zum Beispiel von Jutta Allmendinger, Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin und Mitglied der Leopoldina, vgl. Amory Burchard (2020): „Das Wohlergehen der Frauen wird nicht adressiert“. Tagesspiegel vom 14. April (online verfügbar). Des Weiteren wurde die fehlende Repräsentation von Frauen in dieser Gruppe, aber auch in den beiden vorangegangenen Leopoldina-Arbeitsgruppen beispielsweise von der Soziologin Martina Franzen kritisch beleuchtet, vgl. dazu Martina Franzen (2020): Diversitätsproblem im Expertentum: Die Coronakrise als Kontrastmittel für Schieflagen im Wissenschaftssystem. SozBlog vom 20. April (online verfügbar).

³ Unter Berücksichtigung der wissenschaftlichen ReferentInnen wäre es sogar 18 von 33 Frauen.

Betroffenen eingeladen.⁴ Zudem ergab die Auswertung, dass unter den zehn in den Medien am häufigsten zitierten VirologInnen nur zwei Frauen waren.⁵ Zu ähnlichen Ergebnissen kommen auch zwei Studien, die im Auftrag der MaLisa Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Institut für Medienforschung der Universität Rostock und Prognosis Stockholm durchgeführt wurden. Untersucht wurde die Geschlechterverteilung in der Berichterstattung zur Corona-Pandemie in den Onlineformaten deutscher Printmedien und in den Informationssendungen des öffentlich-rechtlichen und des Privatfernsehens. In den Onlineausgaben waren 30 Prozent der erwähnten Personen Frauen. Als Expertin wurden sie nur in rund sieben Prozent der Fälle erwähnt, als Forscherin gerade einmal in rund fünf Prozent. Auch im Fernsehen sind Frauen als Expertinnen nur in 22 Prozent der Berichterstattungen zu sehen.⁶

Der niedrige Anteil von Medizinerinnen in den Medien fällt besonders auf, da der Frauenanteil unter berufstätigen FachärztInnen für Mikrobiologie, Virologie und Infektions-epidemiologie bei knapp 42 Prozent liegt.⁷

Frauenanteil in rein ökonomischen Beiräten und Kommissionen geringer als in interdisziplinären Gremien

Auf Basis von Daten aus diversen politikberatenden Gremien mit Mitgliedern mit primär ökonomischem Hintergrund untersucht dieser DIW Wochenbericht, inwieweit Frauen in ökonomischen Beiräten vertreten sind. Analysiert wird der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, der die gesamte Bundesregierung berät, die wissenschaftlichen Beiräte des Bundesministeriums der Finanzen (BMF), des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi), des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), sowie der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU, berufen vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU)). Darüber hinaus werden einige von der Bundesregierung in den letzten Jahren temporär eingesetzten oder dauerhaften Kommissionen wie die Rentenkommission, die Kohlekommission oder die Mindestlohnkommission untersucht. Bei dieser Liste von Gremien handelt es sich nicht um eine umfassende Darstellung sämtlicher politikberatender Gremien. Neben den drei wichtigsten Gremien mit wirtschaftlichem Schwerpunkt (Sachverständigenrat, wissenschaftliche Beiräte des Bundesfinanzministeriums und des Bundeswirtschaftsministeriums) wurden weitere Beiräte und Kommissionen, an denen WirtschaftswissenschaftlerInnen beteiligt sind, ausgewählt.

⁴ Vgl. dazu Holger Dambeck et al. (2020): Wer in Talkshows das Sagen hat. Der Spiegel vom 15. Mai (online verfügbar).

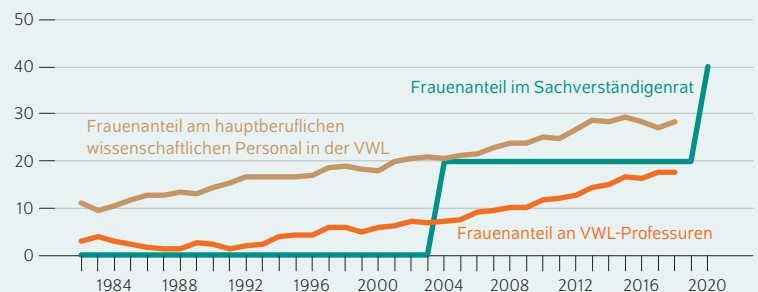
⁵ Ebda. Bei den beiden Frauen handelt es sich um Marylyn Addo und Melanie Brinkmann.

⁶ Vgl. MaLisa Stiftung (2020): Wer wird in Krisenzeiten gefragt? (online verfügbar).

⁷ Vgl. dazu Bundesärztekammer (2020): Ärztestatistik zum 31. Dezember 2019 (online verfügbar).

Abbildung 1

Frauenanteil im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung In Prozent¹



¹ Die Daten zum Frauenanteil am wissenschaftlichen Personal in der VWL sowie zum Frauenanteil an allen VWL-Professuren gelten bis 1992 nur für Westdeutschland.

Quelle: Eigene Darstellung auf Basis von Daten des Statistischen Bundesamts und des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

© DIW Berlin 2020

Im Jahr 2004 wurde erstmals eine Frau in den Sachverständigenrat berufen, seit Juni 2020 sind zwei Frauen Mitglied des fünfköpfigen Gremiums.

Daten zur Zusammensetzung des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung gibt es seit seiner Gründung im Jahr 1964.⁸ Der Frauenanteil in diesem fünfköpfigen Gremium lag vier Jahrzehnte lang bei null Prozent. Im Jahr 2004 wurde mit Beatrice Weder di Mauro erstmals eine Frau bestellt. Claudia Buch (2012–2014) und Isabel Schnabel (2014–2019) waren die zweite beziehungsweise die dritte Frau in diesem Gremium. Im Juni 2020 wurden mit Veronika Grimm und Monika Schnitzer zwei Frauen als Sachverständige ernannt. Dadurch stieg der Frauenanteil in diesem Gremium auf 40 Prozent (Abbildung 1)⁹.

Damit liegt der aktuelle Frauenanteil in diesem Gremium deutlich höher als zum Beispiel der Frauenanteil im wissenschaftlichen Beirat des Finanzministeriums (derzeit 14 Prozent) oder des Wirtschaftsministeriums (derzeit 15 Prozent). Auffallend ist, dass die interdisziplinären wissenschaftlichen Beiräte des Familienministeriums und des Umwelt-/Bildungsministeriums mit 63 beziehungsweise 71 Prozent deutlich höhere Frauenanteile haben als die Beiräte des Finanzministeriums und des Wirtschaftsministeriums, deren Mitglieder fast ausschließlich aus dem Fachbereich der Ökonomie stammen.¹⁰ Wenn man nur die Mitglieder mit ökonomischem Hintergrund aus den aktuellen Beiräten

⁸ Vgl. Informationen auf der Webseite des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

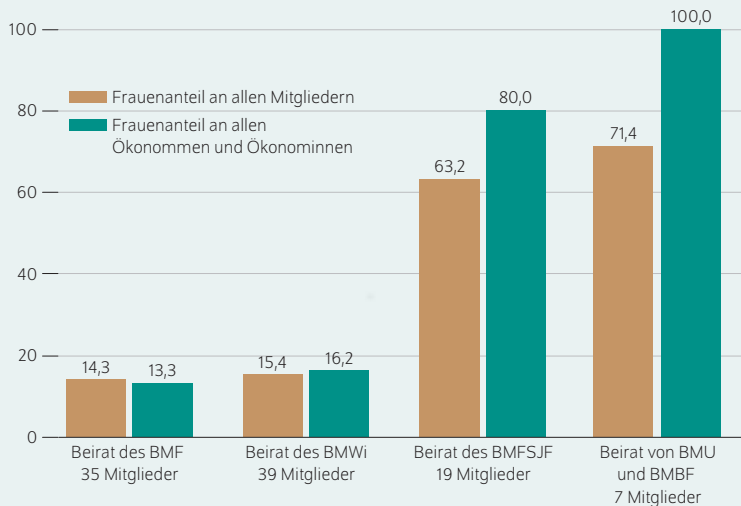
⁹ Politischer Druck, den Frauenanteil im Sachverständigenrat zu erhöhen, kam auch durch die Vorgaben des Bundesgremienbesetzungsgesetzes.

¹⁰ Im Beirat des BMFSFJ sind neben ÖkonomInnen auch PsychologInnen, RechtswissenschaftlerInnen, SozialpädagogInnen, SoziologInnen, PolitikwissenschaftlerInnen, WirtschaftsgeographInnen, MedizinhistorikerInnen, Kinder- und JugendpsychaterInnen und ErziehungswissenschaftlerInnen vertreten. In den Beiräten des BMF und BMWi sind neben ÖkonomInnen auch noch VertreterInnen aus den Rechtswissenschaften (etwa Wirtschaftsrecht) vertreten.

Abbildung 2

Frauenanteile in den wissenschaftlichen Beiräten des BMF, BMWi, BMFSFJ und BMU/BMBF

In Prozent



Anmerkung: Dargestellt sind die Frauenanteile in den wissenschaftlichen Beiräten des Bundesfinanzministeriums (BMF), des Bundeswirtschaftsministeriums (BMWi), des Bundesfamilienministeriums (BMFSFJ) sowie des Beirats von Bundesumwelt- und Bundesbildungsministeriums (BMU/BMBF).

Quelle: Eigene Erhebung und Berechnung.

© DIW Berlin 2020

Der Frauenanteil ist in den interdisziplinären Beiräten des Familienministeriums und des Umwelt-/Bildungsministeriums höher als in den Beiräten des Finanzministeriums und des Wirtschaftsministeriums, deren Mitglieder fast ausschließlich ÖkonomenInnen sind.

des Familienministeriums und des Umwelt-/Bildungsministeriums betrachtet, ergibt sich in diesen Gremien sogar ein Frauenanteil von 80 bzw. 100 Prozent. (Abbildung 2).

Neben den ständigen wissenschaftlichen Beiräten von Ministerien setzt die Bundesregierung auch regelmäßig temporäre Expertenkommissionen zu bestimmten Themen ein, beispielsweise die „Kommission Verlässlicher Generationenvertrag“ (Rentenkommission), „Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ (Kohlekommission), oder das Wissenschaftliche Gutachtergremium für den Armuts- und Reichtumsbericht. Des Weiteren gibt es Kommissionen zu speziellen Wirtschaftsfragen, wie die Monopolkommission oder die Mindestlohnkommission. Für diesen Bericht wurde eine Auswahl von acht Kommissionen aus der aktuellen Legislaturperiode getroffen (Tabelle). Im Unterschied zu den wissenschaftlichen Beiräten gehören manchen dieser Kommissionen nicht nur WissenschaftlerInnen an, sondern zum Beispiel auch Mitglieder aus Interessensverbänden. Neben dem Frauenanteil der gesamten Kommission wird daher zusätzlich der Frauenanteil unter den wissenschaftlichen Mitgliedern angegeben.

Bei der Interpretation dieser Ergebnisse ist zu beachten, dass viele dieser Gremien sehr klein sind (manche Kommissionen

haben nur zwei wissenschaftliche Mitglieder). Dadurch lässt der Frauenanteil einer einzigen Kommission allein keine sinnvolle Aussage darüber zu, wie stark Frauen auf dem Gebiet vertreten sind. In der Gesamtschau der hier dargestellten Gremien zeigt sich aber ein ähnliches Bild wie bei den vier untersuchten wissenschaftlichen Beiräten der Ministerien: Je stärker interdisziplinär ein Beirat besetzt ist, desto höher ist der Frauenanteil. So findet sich beispielsweise in der Monopolkommission, im FinTechRat und im Beirat für „Sustainable Finance“ keine einzige Frau unter den VertreterInnen der Wissenschaft. Allerdings sind die genannten Gremien auch mit jeweils nur zwei wissenschaftlichen Mitgliedern besetzt. Im Wissenschaftlichen Gutachtergremium für den Armuts- und Reichtumsbericht und in der Kommission Wettbewerbsrecht 4.0, in denen deutlich mehr WissenschaftlerInnen sitzen, liegen die Frauenanteile unter den wissenschaftlichen Mitgliedern bei über 50 Prozent beziehungsweise über 40 Prozent.

Ökonomen kommen in Medien unterdurchschnittlich häufig zu Wort

Politikberatung erfolgt nicht ausschließlich über eine Mitgliedschaft in den genannten Gremien; Forschungserkenntnisse und Handlungsempfehlungen können auch über die Medien an Öffentlichkeit und Politik vermittelt werden. Die bereits erwähnte Studie der MaLisa Stiftung zeigt, dass Frauen als Expertinnen aus allen Fachbereichen in der Corona-Berichterstattung stark unterrepräsentiert sind. Auch vor der Corona-Pandemie waren Frauen in den Nachrichten stark unterrepräsentiert, wie das Global Media Monitoring Project (GMMP) aus dem Jahr 2015 zeigt, welches in Deutschland der Journalistinnenbund koordiniert hat. Am untersuchten Stichtag wurden Frauen als Expertinnen in 13 Prozent der untersuchten Nachrichten erwähnt.¹¹

Inwieweit Ökonomen in den Medien präsent sind und von der Politik wahrgenommen werden, misst beispielsweise das FAZ-Ökonomenranking. In der Gesamtwertung des Rankings werden verschiedene Indikatoren aus Politik, Medien und Wissenschaft herangezogen. Berücksichtigt werden wissenschaftliche Zitate und Nennungen in den Medien aber auch die Aktivität auf der Social-Media-Plattform Twitter sowie eine Umfrage unter Bundes- und Landtagsabgeordneten sowie hochrangigen MitarbeiterInnen von Bundes- und Landesministerien.¹² In der Gesamtwertung des Jahres 2019 sind neun von 100 Top-ÖkonomenInnen Frauen. Unter den zitierten ÖkonomenInnen in den Medien liegt der Frauenanteil bei gerade einmal vier Prozent (FAZ-Ranking, Rubrik „Medien“). In der Rubrik „Politik“ liegt der Frauenanteil des FAZ-Rankings bei elf Prozent.¹³

¹¹ GMMP (2015): Global Media Monitoring Project 2015 (online verfügbar).

¹² Frankfurter Allgemeine Zeitung (2013): So entstand die Rangliste der Wirtschaftsforscher. 4. September (online verfügbar).

¹³ Frankfurter Allgemeine Zeitung (2019): F.A.Z.-Ökonomenranking: Deutschlands einflussreichste Ökonomen. 4. Oktober (online verfügbar).

Tabelle

Frauenanteile in ausgewählten Kommissionen¹

Kommission	zuständiges Ministerium	Mitglieder	davon Frauen	davon Männer	Frauenanteil (in Prozent)	WissenschaftlerInnen	davon Frauen	davon Männer	Frauenanteil (in Prozent)
Kommission Verlässlicher Generationenvertrag (Rentenkommission)	BMAS ²	10	4	6	40,0	3	1	2	33,3
Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung (Kohlekommission)	BMWi ³	31	10	21	32,3	7	3	4	42,9
Kommission Wettbewerbsrecht 4.0	BMWi	12	3	9	25,0	7	3	4	42,9
Monopolkommission	BMWi	5	2	3	40,0	2	0	2	0
Mindestlohnkommission	BMWi	9	3	6	33,3	2	1	1	50,0
Wissenschaftliches Gutachtergremium für den Armuts- und Reichtumsbericht	BMAS	16	9	7	56,3	15	8	7	53,3
Beirat für „Sustainable Finance“	BMU ⁴ /BMF ⁵	37	11	26	29,7	2	0	2	0
FinTechRat	BMF	29	7	22	24,1	2	0	2	0

¹ Es werden stimmberechtigte und nicht stimmberechtigte Mitglieder der Gremien gezählt.

² Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

³ Bundesministerium für Wirtschaft und Energie.

⁴ Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit.

⁵ Bundesministerium der Finanzen.

© DIW Berlin 2020

Diese Werte liegen ebenfalls deutlich unter dem Frauenanteil des hauptberuflich wissenschaftlichen Personals in der Volkswirtschaftslehre, der im Jahr 2018 rund 28 Prozent betrug (Abbildung 1). Wesentlich geringer als der Frauenanteil am gesamten wissenschaftlichen Personal in der Ökonomie ist der Frauenanteil an allen VWL-Professuren. Dieser lag laut dem Statistischen Bundesamt im Jahr 2018 bei knapp 18 Prozent und damit deutlich unter dem europäischen Durchschnitt von 24 Prozent.¹⁴

Nimmt man diese Werte als Vergleichszahl, zeigt sich, dass insbesondere in den Medien Ökonominen stark unterrepräsentiert sind. Im Gegensatz dazu sind mittlerweile in manchen Gremien der wirtschaftspolitischen Beratung (etwa beim Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung) Frauen jüngst deutlich stärker repräsentiert.

Gründe für geringe Repräsentanz von Frauen in der Politikberatung sind vermutlich vielfältig

Ein Grund für den niedrigen Frauenanteil in der ökonomischen Politikberatung könnte darin liegen, dass eine Berufung in die genannten Gremien nicht zu Beginn der wissenschaftlichen Laufbahn, sondern eher ab der Mitte erfolgen dürfte. So ist beispielsweise der Frauenanteil im wissenschaftlichen Beirat des Bundesfinanzministeriums (gut 14 Prozent) oder der des Bundeswirtschaftsministeriums (gut 15 Prozent) in etwa vergleichbar mit dem Frauenanteil an allen VWL-Professuren vor sieben Jahren (Abbildung 1).

Ein weiterer Grund für den geringen Frauenanteil gerade in den Beiräten des Bundesfinanz- und des Bundeswirtschaftsministeriums verglichen zum Frauenanteil unter den Ökonominen in den interdisziplinären Beiräten könnte darin liegen, dass Ökonominen häufig Forschungsgebiete haben, die an der Schnittstelle zu anderen Disziplinen liegen, zum Beispiel zur Soziologie, Psychologie usw. Diese Vermutung wird aber zumindest von einer Datensammlung aus den USA nicht unterstützt: Sie zeigt, dass zwar der Anteil der ökonomischen Dissertationen aus den Bereichen Arbeitsmarktkonomie und Öffentliche Finanzen unter Frauen höher ist als unter Männern, dass ansonsten aber Frauen – zumindest auf Ebene der DoktorandInnen – in den USA in allen Teildisziplinen der Ökonomie vertreten sind.¹⁵

Schließlich könnte es außerdem sein, dass Frauen, wenn sie gefragt werden, Presseanfragen oder Mitgliedschaften in Beratungsgremien häufiger ablehnen als Männer. Politikberatung ist ein – häufig ehrenamtlicher – Job, der zusätzlich zu Lehre und Forschung erbracht werden muss. Studien zeigen, dass Wissenschaftlerinnen meist einen Partner haben, der ebenfalls Vollzeit erwerbstätig ist, und sich mit diesem die Kinderbetreuung und Sorgearbeit aufteilen. Ihre männlichen Kollegen haben hingegen häufiger Partnerinnen, die in Teilzeit erwerbstätig sind. Sie müssen sich dementsprechend weniger bei der Sorgearbeit einbringen und haben daher mehr Zeit für ehrenamtliche Tätigkeiten.¹⁶

¹⁴ Vgl. dazu die Datensammlung von Women in Economics in der Rubrik „Countries“. Zu den Ursachen des geringen Frauenanteils unter VWL-Professorinnen vgl. auch Emmanuelle Auriol, Guido Friebel und Sascha Wilhelm (2019): Women in European economics. Vox vom 19. November (online verfügbar).

¹⁵ Vgl. Shelly Lundberg und Jenna Stearns (2019): Women in Economics: Stalled Progress. Journal of Economic Perspectives, 33(1), 3–22.

¹⁶ Vgl. zum Beispiel Inken Lind und Kathrin Samjeske (2010): Schlussbericht zum Projekt „Balan- cierung von Wissenschaft und Elternschaft“ (BAWIE). Bonn: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwis- senschaften, Kompetenzzentrum Frauen in Wissenschaft und Forschung (CEWS) (online verfü- gbar).

Fazit: Politikberatung braucht vielfältige Stimmen

Frauen sind in der ökonomischen Politikberatung, zum Beispiel in den Beiräten des Bundeswirtschaftsministeriums und des Bundesfinanzministeriums sowie in einigen Kommissionen der Bundesregierung, weniger stark repräsentiert als es beispielsweise dem Frauenanteil an allen VWL-Professuren entspräche. Jüngst gibt es bei den von der Bundesregierung berufenen Gremien aber positive Entwicklungen, wie etwa die Berufungen von Veronika Grimm und Monika Schmitzer in den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Diese haben den Frauenanteil in diesem Gremium deutlich erhöht. Auch in anderen Gremien sollte die Politik den Frauenanteil erhöhen, um in ihrer Beratung unterschiedliche Perspektiven zu hören.

Nimmt man das FAZ-Ökonomenranking in der Rubrik „Medien“ als Maßstab, so sind Frauen in den Medien wesentlich stärker unterrepräsentiert als in den meisten von der Bundesregierung eingesetzten Gremien. Dies wird – nicht zuletzt im Zusammenhang mit der aktuellen Diskussion über politische Maßnahmen während der Corona-Krise – zunehmend kritisch gesehen. Initiativen wie ProQuote Medien setzen sich dafür ein, dass Frauen als Expertinnen in Medien stärker zu Wort kommen. Dafür stellen sie beispielsweise Listen von Expertinnen zur Verfügung.¹⁷ Auch

Ökonominenrankings, wie beispielsweise das der FAZ,¹⁸ können zu einer höheren Sichtbarkeit von Frauen in der ökonomischen Politikberatung beitragen. Die britische BBC hat sich 2018 sogar eine Geschlechterquote von 50 Prozent aller von ihr interviewten ExpertInnen gegeben.¹⁹

Neben solchen Initiativen, die dazu beitragen können, dass mehr Frauen für politikberatende Gremien oder Medienberichterstattung angefragt werden, ist es zudem wichtig, es Frauen zu erleichtern, solche ehrenamtlichen Tätigkeiten neben Forschung und Lehrtätigkeit auszuüben. Die Universitäten sollten WissenschaftlerInnen, die sich in Politikberatung oder Öffentlichkeitsarbeit engagieren, stärker entlasten, beispielsweise durch eine Reduktion des Lehrdeputats.

Solche Maßnahmen könnten dazu beitragen, dass es mehr Diversität in der gehörten Expertise zu (wirtschafts-)politisch relevanten Themen gibt. Dies würde die Vielfalt der Inhalte und Perspektiven in der wirtschaftspolitischen Politikberatung und der öffentlichen Debatte erhöhen. Zudem könnten durch eine höhere Sichtbarkeit weiblicher Rollenvorbilder geschlechterstereotype Vorstellungen in der Gesellschaft sukzessive abgebaut werden.

¹⁷ Vgl. zum Beispiel Informationen auf der Webseite von ProQuote.

¹⁸ Patrick Bernau (2019): Die einflussreichsten Ökonominen. Fazit – das Wirtschaftsblog vom 25. November (online verfügbar).

¹⁹ Vgl. BBC (2018): BBC wants gender balance of contributors by April 2019. 2. April (online verfügbar).

Katharina Wrohlich ist Leiterin der Forschungsgruppe Gender Economics am DIW Berlin | kwrohlich@diw.de

Denise Barth ist Studentische Hilfskraft in der Forschungsgruppe Gender Economics am DIW Berlin | dbarth@diw.de

JEL: A11, J16

Keywords: gender equality, gender diversity, economic policy advisers, media

INTERVIEW



In der Politikberatung und in den Medien sind Ökonominnen noch zu selten vertreten

Dr. Katharina Wrohlich, Leiterin der Forschungsgruppe
Gender Economics am DIW Berlin

1. **Frau Wrohlich, Sie haben den Anteil von Frauen in politischen Beratungsgremien und wissenschaftlichen Beiräten untersucht. Was genau war der Fokus Ihrer Untersuchung?** Wir wollten herausfinden, wie hoch der Frauenanteil in wichtigen Gremien der wirtschaftspolitischen Beratung ist. Die drei wichtigsten Gremien sind der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, der wissenschaftliche Beirat des Bundesfinanz- und des Bundeswirtschaftsministeriums. Zudem haben wir Gremien betrachtet, in denen nicht alle Mitglieder nur einen ökonomischen Hintergrund haben, in denen aber ÖkonomInnen einen großen Teil des Gremiums ausmachen.
2. **Wie hoch ist der Frauenanteil in Politikberatung und wissenschaftlichen Beiräten?** In den wissenschaftlichen Beiräten des Bundesfinanz- und des Bundeswirtschaftsministeriums liegt der Frauenanteil aktuell nur bei 14 beziehungsweise 15 Prozent. Damit liegt er niedriger als der durchschnittliche Frauenanteil an allen VWL-Professuren in Deutschland, der derzeit 18 Prozent beträgt. Positiv ist die aktuelle Ernennung von Veronika Grimm und Monika Schnitzer im Sachverständigenrat. Dadurch ist der Frauenanteil zuletzt deutlich gestiegen und beträgt in diesem Gremium jetzt 40 Prozent.
3. **Inwieweit unterscheidet sich der Frauenanteil je nach Fachrichtung?** In den Beiräten des Bundesfinanz- und des Bundeswirtschaftsministeriums, die fast nur mit Mitgliedern aus den Wirtschaftswissenschaften besetzt sind, ist der Frauenanteil sehr niedrig. Betrachten wir aber den wissenschaftlichen Beirat des Bundesfamilien- oder des Umweltministeriums, stellen wir dort einen deutlich höheren Frauenanteil fest, und zwar auch unter den ÖkonomInnen in diesem Gremium.
4. **Wie ist es zu erklären, dass Frauen in der Politikberatung so viel weniger vertreten sind als Männer?** Die Gründe liegen vermutlich sowohl auf der Nachfrage- als auch auf der Angebotsseite. Für die Gremien und auch von

den Medien werden nach wie vor häufiger Männer angefragt. Das liegt an Netzwerken, aber auch daran, dass solch eine Ernennung meist nicht zu Beginn der akademischen Karriere erfolgt, sondern erst später. Vielleicht ist deswegen nicht der aktuelle Frauenanteil der VWL-ProfessorInnen ausschlaggebend, sondern der vor ein paar Jahren. Nimmt man das FAZ-Ökonomenranking als Maßstab, sieht man, dass Frauen in den Medien noch weniger vertreten sind als in den wirtschaftspolitischen Gremien. Unter den zitierten ÖkonomInnen in der Rubrik Medien des FAZ-Rankings kommen Frauen nur zu vier Prozent vor.

5. **Warum ist das Missverhältnis in den Medien noch größer?** Es könnte sein, dass viele Redaktionen Frauen als Expertinnen nicht in gleichem Maße auf dem Schirm haben wie Männer. Man hört aber auch immer wieder, dass Frauen, wenn sie dann angefragt werden, öfter absagen. Das könnte damit zusammenhängen, dass Frauen ihre Erwerbsbeteiligung häufiger mit Sorgearbeit in Einklang bringen müssen als Männer und deswegen weniger Zeit für ehrenamtliche Tätigkeiten wie Politikberatung haben.
6. **Was könnte getan werden, um die Expertise von Frauen insgesamt sichtbarer zu machen?** Damit es für Frauen leichter möglich ist, solche ehrenamtlichen Jobs anzunehmen, könnten Universitäten und Arbeitgeber den WissenschaftlerInnen Entlastung anbieten, etwa eine Reduktion des Lehrdeputats. Und damit Frauen überhaupt auf den Schirm derjenigen kommen, die diese Gremien besetzen oder in Redaktionen darüber entscheiden, bei wem die Expertise angefragt wird, sind Initiativen wie Expertinnenlisten, beispielsweise von ProQuote Medien oder auch das FAZ-Ökonomen-Ranking, sinnvolle Maßnahmen.

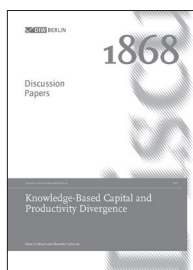
Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf
www.diw.de/interview

Discussion Papers Nr. 1868

2020 | Marie Le Mouel, Alexander Schiersch



Knowledge-Based Capital and Productivity Divergence

Understanding the causes of the slowdown in aggregate productivity growth is key to maintaining the competitiveness of advanced economies and ensuring long-term economic prosperity. This paper is the first to provide evidence that investment in Knowledge-Based Capital (KBC), despite having a positive effect on productivity at the micro level, is a driver of the weak productivity performance at the aggregate level, by accentuating divergence between a group of "frontier" firms and the rest of the economy. Using detailed firm-level administrative data for Germany, we find evidence that the effect of KBC on productivity is heterogeneous across firms within industries: this effect is 3 times larger for

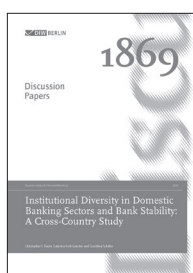
firms in the top quintile of the KBC distribution compared to firms in the bottom quintile of the KBC distribution. We document the existence of divergence in productivity growth between top KBC users and the rest of firms at the industry level, and find that industries where this gap is larger are also those industries where the heterogeneity in the effect of KBC is highest and where average productivity growth was lower. The evidence hence supports the view that the use of KBC plays a role in explaining weak productivity growth, by accentuating differences between firms.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 1869

2020 | Christopher F. Baum, Caterina Forti Grazzini, Dorothea Schäfer



Institutional Diversity in Domestic Banking Sectors and Bank Stability: A Cross-Country Study

This paper analyzes the causal relationship between institutional diversity in domestic banking sectors and bank stability. We use a large bank- and country-level unbalanced panel data set covering the EU member states' banking sectors between 1998 and 2014. Constructing two distinct indicators for measuring institutional diversity, we find that a high degree of institutional diversity in the domestic banking sector positively affects bank stability. The positive relationship between domestic institutional diversity and bank stability is stronger in times of crisis, providing evidence that diversity can help to absorb

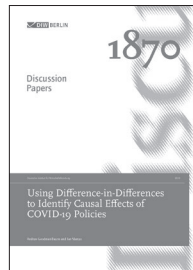
both financial and real shocks. In particular, greater institutional diversity smooths bank earnings risk in times of crisis. Our results are economically meaningful and offer important insights to the ongoing economic policy debate on how to reshape the architecture of the banking sector.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 1870

2020 | Andrew Goodman-Bacon, Jan Marcus



Difference-in-Differences to Identify Causal Effects of COVID-19 Policies

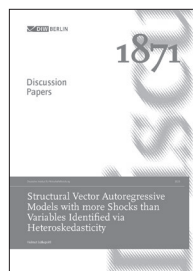
Policymakers have implemented a wide range of non-pharmaceutical interventions to fight the spread of COVID-19. Variation in policies across jurisdictions and over time strongly suggests a difference-in-differences (DD) research design to estimate causal effects of counter-COVID measures. We discuss threats to the validity of these DD designs and make recommendations about how researchers can avoid bias, interpret results accurately, and provide sound guidance to policymakers seeking to protect public health and facilitate an eventual economic recovery.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 1871

2020 | Helmut Lütkepohl



Structural Vector Autoregressive Models with more Shocks than Variables Identified via Heteroskedasticity

In conventional structural vector autoregressive (VAR) models it is assumed that there are at most as many structural shocks as there are variables in the model. It is pointed out that heteroskedasticity can be used to identify more shocks than variables. However, even if there is heteroskedasticity, the number of shocks that can be identified is limited. A number of results are provided that allow a researcher to assess how many shocks can be identified from specific forms of heteroskedasticity.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere





C. KATHARINA SPIESS

Zu wenig Bildungs- und Betreuungsinvestitionen im Konjunkturpaket

C. Katharina Spiess, Leiterin der Abteilung Bildung und Familie am DIW Berlin
Der Kommentar gibt die Meinung der Autorin wieder.

Das Konjunkturpaket der Bundesregierung ist insgesamt größer geworden als gedacht. Vieles steckt darin: So soll es beispielsweise einen Kinderbonus in Höhe von 300 Euro pro Kind geben, außerdem rund drei Milliarden Euro für den Ausbau von Kitas und Ganztagschulen sowie die Digitalisierung der Schulen. Das klingt nach etwas, doch es reicht nicht aus. Während der Kinderbonus wenig zielgenau ist und auch Familien zugutekommt, die finanziell nicht auf ihn angewiesen sind, während er für andere nicht ausreicht, ist die zweite Maßnahme nicht ambitioniert genug. Bereits jetzt ist absehbar, dass es eine Corona-Generation geben wird, deren Bildung – nicht nur in der Schule, sondern schon in der Kita – durch Unterbrechungen gekennzeichnet ist, weil Kitas und Schulen für längere Zeit geschlossen hatten, teilweise noch haben oder nur tageweise wenige Fächer unterrichten. Und wer weiß, was im Herbst und Winter noch passiert. Die Auswirkungen könnten sich in vielen Jahren noch auf dem Arbeitsmarkt und auch den Gehaltszetteln der heutigen Kinder widerspiegeln.

Das wichtigste für viele Familien und Kinder ist daher, spätestens nach den Sommerferien wieder flächendeckenden Präsenzunterricht zu ermöglichen. Damit wäre auch den Eltern mehr geholfen als mit jedem Kinderbonus. Denn allein mit Geld lässt sich Beruf und Kinderbetreuung noch nicht besser unter einen Hut bekommen. Notfalls sollte der Unterricht in angemieteten Räumen stattfinden, denn wenn in kleineren Lehreinheiten unterrichtet werden soll, braucht es mehr Räume und auch größere Räume. Da Lernen nicht nur in der Schule stattfindet, sondern auch in der Kita, braucht es auch dort schnell eine Aufstockung der räumlichen Kapazitäten. Doch dazu findet sich leider nichts Konkretes im Konjunkturpaket.

Es braucht aber auch mehr Lehrerinnen und Lehrer, mehr pädagogisches Fachpersonal, zumindest dann, wenn nicht zu viele Fächer oder ganze Bereiche der frühen Bildung wegefallen sollen. Wer soll sonst in den zusätzlichen Räumen unterrichten, wenn die anderen Lehrkräfte in den Schulräumen sind? Hier sollte man sich am Gesundheitsbereich orientieren und diejenigen heranziehen, die sich in Ausbildung befinden – in

diesem Fall angehende pädagogische Fachkräfte für Kitas oder Lehramtsanwärterinnen und -anwärter für Schulen. Sie könnten einen Teil ihrer erforderlichen Praxiserfahrung nun sammeln.

Das Praktische an Investitionen in Räume und Personal zum Lernen in Kitas und Schulen ist, dass sie sowohl kurzfristig als auch langfristig wirken. Kurzfristig, weil Alleinerziehende und Eltern, die beide erwerbstätig sind, dadurch Beruf und Familie miteinander vereinbaren können. Dabei geht es um immerhin zwei Drittel der Familien mit Kindern im Alter von bis zu zwölf Jahren. Den Unternehmen fehlen durch die Kita- und Schulschließungen nicht nur wertvolle Arbeitskräfte und Arbeitsstunden, sondern dem Fiskus auch Einnahmen im Bereich der Einkommensteuer und der Sozialversicherungen.

Langfristig wirken Bildungsinvestitionen, weil weniger Schulbildung nicht nur den Schülerinnen und Schülern selbst schaden kann, sondern auch für die Gesellschaft und Volkswirtschaft erhebliche Kosten verursacht. Geht etwa ein Drittel eines Schuljahres verloren, liegen die späteren Erwerbseinkommen der Betroffenen – so die Berechnungen – um drei bis vier Prozent niedriger. Mit Bildung gehen zudem nicht nur monetäre Erträge einher, sondern vielfach auch nichtmonetäre, etwa im Bereich der physischen Gesundheit oder beim Demokratieverständnis. Aber auch hier darf die frühe Bildung nicht vergessen werden. Sie hat ebenfalls eine hohe Rendite, insbesondere Kinder aus sozioökonomisch benachteiligten Familien profitieren von ihr.

Bildungsinvestitionen lohnen sich kurz- und langfristig, sie wären jetzt zudem eine Investition in jene Generationen, die die Schulden, die jetzt auch für das Konjunkturpaket gemacht werden, zumindest in Teilen noch werden zurückzahlen müssen. Deshalb hätten sie mehr Gewicht im Konjunkturprogramm der Bundesregierung verdient gehabt.

Dieser Kommentar ist in einer längeren Version am 6. Juni 2020 in der Frankfurter Rundschau erschienen.